

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

22 - 1410

Eisenstadt, am 27. April 2023

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Rita Stenger, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend kostenlose Kinderbetreuung in ganz Österreich

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend kostenlose Kinderbetreuung in ganz Österreich

Laut der aktuellen Befragung zu Einkommen und Lebensbedingung der EU-SLIC (EU statistics on income and living conditions) waren im Jahr 2022 353.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Österreich armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Teuerungswelle werden es täglich immer mehr. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche in Haushalten mit mehr als drei Kindern, in Ein-Eltern-Haushalten oder in Haushalten ohne österreichische Staatsbürgerschaft.

Am besten kann man eine solche Armut mit Bildung bekämpfen und somit die Armutsspirale brechen. Jedoch sind Kinder aus armutsgefährdeten Familien schon in der Kinderbetreuung sowie danach in ihrer Ausbildung benachteiligt. Nachhilfeunterricht, Förderkurse und Unterstützung bei Legasthenie können sich fast die Hälfte aller armutsgefährdeten Haushalte nicht leisten, was folglich unweigerlich Auswirkungen auf die Zukunft der Kinder hat. In einem Land wie Österreich darf kein Kind in Armut aufwachsen und alle Kinder müssen die gleichen Chancen auf Bildung haben. Gerade bei der Elementarpädagogik im Kindergarten braucht es ein bundeseinheitliches Rahmengesetz, um einheitliche hohe Mindeststandards zu gewährleisten. Die Leidtragenden der mangelnden Kinderbetreuung sind meist Frauen. Um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können, braucht es flächendeckende, leistbare und qualitätsvolle Kinderbetreuungsangebote in ganz Österreich. Nur so können jene Frauen, die es wollen, nach der Karenz schneller an den Arbeitsplatz zurückkommen, was sich auf ihre Erwerbskarrieren, ihr Einkommen und ihre Pension positiv auswirkt

Nach wie vor wird die Kinderbetreuung in allen Bundesländern unterschiedlich geregelt. Während in Bundesländern wie Vorarlberg, Niederösterreich oder Salzburg ein Kindergartenplatz kostenpflichtig ist und man bis zu 440 Euro im Monat zahlen muss, sind seit 2019 öffentliche Kindergärten und Kinderkrippen im Burgenland kostenlos. Mit diesem Schritt haben alle Kinder im Burgenland die gleichen Bildungschancen. Auch in der Stadt Wien und im Land Kärnten sind Kindergärten gratis. Im Rest von Österreich trifft dies leider nicht zu. Dort haben noch immer nicht alle Kinder die gleichen Chancen.

Hier muss die österreichische Bundesregierung endlich tätig werden und eine gratis Kinderbetreuung für ganz Österreich nach dem Vorbild des Burgenlandes schaffen. Die Einführung einer beitragsfreien Betreuung in Kinderkrippen und Kindergärten flächendeckend in ganz Österreich würde mit der geforderten Kindergrundsicherung einhergehen. Die Kindergrundsicherung ist eine nach Einkommen gestaffelte Familienbeihilfe, die automatisch ausbezahlt wird und armutsbetroffene Kinder entsprechend stärker unterstützt. Damit erhält jedes Kind, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status der Eltern, die besten Bildungschancen.

Bereits im Jahr 2016 plante die Bundesregierung unter SPÖ-Kanzler Kern und ÖVP-Vizekanzler Mitterlehner den Ausbau der kostenlosen (Nachmittags-)Betreuung an Österreichs Schulen und Kindergärten, inklusive Rechtsanspruch für jedes Kind. Dafür wollte die damalige Regierung 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Die Sozialpartnerschaft vereint mit der Industriellenvereinigung und der Landwirtschaftskammer fordern ebenfalls von der Bundesregierung die Umsetzung der Kinderbetreuungs milliarde wieder aufzunehmen und endlich Maßnahmen zu setzen, damit die Barcelona-Ziele zur Kinderbetreuungsquote erreicht werden. Hauptziel der EU im Rahmen der Barcelona Ziele ist dabei die Bereitstellung von leistbaren hochqualitativen Betreuungseinrichtungen für Kinder jeden Alters, die in weiterer Folge insbesondere Müttern die Teilnahme am Erwerbsleben erleichtern sollen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge insbesondere

- eine Kindergrundsicherung, die sich an den monatlichen Kinderkosten orientiert, bei gleichzeitigem Ausbau sozialer und kostenfreier Infrastruktur (u.a. Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulstandorte) einführen;
- Konzepte zur Stärkung des Selbstbewusstseins und der Selbstwirksamkeit von Kindern und Jugendlichen in einem möglichst frühen Stadium fördern;
- eine österreichweite kostenlose Kinderbetreuung umsetzen und
- flächendeckend die gemeinsame und ganztägige Schule der 10- bis 14-Jährigen einführen, um der frühen Selektion entgegen zu wirken.